

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmitt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Vier weitere Jahre Kohl sind dem Land nicht zuzumuten, befindet **Rudolf Scharping**.

Seite 1

Ohne SPD-Zustimmung wird es keine neue EU-Kommission geben, stellt **Dr. Gerhard Schmid MdEP** fest.

Seite 2

Die Einkommen in den unteren Lohngruppen zu erhöhen, fordert **Manfred Reimann MdB**.

Seite 2

Dokumentation

Kohls Negativrekorde - Eine Auflistung der SPD-Bundestagsfraktion.

Seite 3

49. Jahrgang / 116

21. Juni 1994

Nach vorn schauen und kämpfen!

Vier weitere Jahre Kohl sind dem Land nicht zuzumuten

Von Rudolf Scharping
Vorsitzender der SPD

Der Parteitag in Halle ist ein wichtiger Schritt auf unserem Weg bis zur Bundestagswahl am 16. Oktober 1994. Mit der Verabschiedung unseres Regierungsprogramms machen wir deutlich, wofür die Sozialdemokratie in den Wahlkämpfen dieses Jahres einsteht. Reformen sind in Deutschland überfällig. Die SPD will als Regierungspartei für sichere Arbeit sorgen, die soziale Gerechtigkeit wiederherstellen und die umweltgerechte Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Reformen gehören untrennbar zusammen.

Die Bundesregierung konzentriert zur Zeit alle Kräfte auf die Erzeugung von Illusionen. Sie verbreitet freundliche Stimmung und Optimismus und nimmt mit fröhlichem Gesicht weiter steigende Arbeitslosigkeit in Kauf. Sie zerstört die soziale Gerechtigkeit und tut nichts, was den Menschen in Ostdeutschland Aussicht auf eine grundlegende Besserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage eröffnen könnte. Damit treibt sie der PDS die Wählerinnen und Wähler in die Arme.

Ich weiß, daß es in Deutschland heute schon großes Engagement für eine neue Politik gibt. Immer mehr Menschen wollen selbst etwas tun, um die Dinge zum Besseren zu verändern. Auf diese Bürgerinnen und Bürger setzen wir! Aber auch viele noch unentschlossene Wählerinnen und Wähler müssen wir überzeugen und ihnen noch klar machen, was unsere Partei ihnen zu bieten hat.

Was sich zum Besseren verändern muß, steht in unserem Regierungsprogramm. In den nächsten Monaten kommt es darauf an, unser besseres Konzept einer Reformpolitik für Deutschland zu verdeutlichen und um Vertrauen dafür zu werben. Noch einmal vier Jahre Kohl sind in diesem Land nicht mehr zuzumuten, weil diese Regierung keine der anstehenden Zukunftsfragen lösen kann. Es ist Zeit für den Wechsel!

Wir werden also zusammen ach vorne blicken, und mit allen, die in unserem Land etwas verändern wollen, gemeinsam einen neuen Aufbruch wagen! Leicht werden die kommenden Monate gewiß nicht - ich bin überzeugt, wir werden die Wahl am 16. Oktober 1994 für uns entscheiden können. Für mich persönlich heißt das: nach vorn schauen und kämpfen. ***** (-/21.6.1994/vs-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendeter Umwelt
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Ohne unsere Zustimmung wird es keine neue Kommission geben
Zu Meldungen, nach denen Franz Steinkühler Mitglied der Brüsseler Kommission werden möchte

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten.

Ohne Zweifel ist Franz Steinkühler ein Gewerkschafter mit internationaler Erfahrung. Allerdings hätte seine Bereitschaft größeres Gewicht, wenn er sie als amtierender Vorsitzender der IG Metall bekundet hätte.

Im übrigen ist das Thema bisher mit dem SPD-Vorsitzenden nicht erörtert worden.

Dabei ist zu bedenken: Die neue Kommission ist auf die Zustimmung des Europäischen Parlaments angewiesen. Ohne unsere Zustimmung wird es keine neue Kommission geben.

Wir haben folgende Kriterien entwickelt:

- Es müssen mehr Frauen für diese Aufgaben benannt werden.
- Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen Erfahrungen aus dem Europäischen Parlament mitbringen.
- Einer der beiden deutschen Kommissionsplätze muß aus den Reihen der SPD besetzt werden.

Im Klartext: Die Wählerinnen und Wähler haben die deutsche Sozialdemokratie zur zweitstärksten deutschen Gruppe im Europäischen Parlament gemacht. Sie können erwarten, daß dies sich in der Besetzung der Kommission widerspiegelt.

(-/21.6.1994/vo-he/rs)

Die Einkommen in den unteren Lohngruppen erhöhen!
Die Forderungen nach Sozialabbau im Zuge der "Standortdebatte" zurückweisen

Von Manfred Reimann MdB

Niedrige Löhne und betrieblicher Sozialabbau treiben die Arbeitnehmer und ihre Familien in die Sozialhilfe. Je nach persönlicher Bewertung wird man anhand dieser Aussage sagen, dann ist doch sicherlich die Sozialhilfe zu hoch und man braucht sie nur zu kürzen und die Richtung stimmt wieder. Nein, denn die Sozialhilfe ist eine existentielle Mindestgrundlage, die man zum Leben braucht und die vom Bundesverfassungsgericht auch als die Mindestvoraussetzung für existentielles Familieneinkommen angesehen wird. Herrn Waigel wurde bescheinigt, daß seine Steuerpolitik so ausgerichtet sein müßte, daß dieses Mindesteinkommen jedem garantiert sein muß (Steuerfreibeträge).

Folgende Beispiele sollen Einkommen und Sozialhilfe in ihren Auswirkungen verdeutlichen.

Ein lediger Arbeitnehmer der Lohngruppe 2 BMT-G, im öffentlichen Dienst beschäftigt, hat ein Bruttoeinkommen von 2718,72 DM, netto = 1488,10 DM im Monat. Bei einer angenommenen Miete von monatlich 600 DM rechnet sich der Sozialhilfebedarf bei Arbeit: Regelsatz 519 DM, Miete 600 DM,

Mehrbedarf 338,66 DM. Gesamt 1457,66. Der Arbeitnehmer liegt also mit seinem Arbeitseinkommen nur 30 DM über dem Sozialhilfebedarf.

Noch interessanter wird der Vergleich, wenn ein Arbeitnehmer, verheiratet, 1 Kind, mit Lohngruppe 2 BMT-G und einer angenommenen Miete von 750 DM berechnet wird. Sein Bruttoeinkommen beträgt 2874,23 DM, netto = 2120,64 DM plus Kindergeld für 1 Kind = 70 DM. Sein Sozialhilfebedarf bei Arbeit rechnet sich wie folgt: Regelsatz 519 DM, Mehrbedarf 358,82 DM, für die Ehefrau 415 DM, für das Kind 337 DM, für die Miete 750 DM. Gesamt = 2379,62 DM.

Dieser Arbeitnehmer kann also gleich zur Sozialhilfe gehen und neben seiner Arbeitsleistung eine ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt von 188,98 DM beziehen.

Diese beiden Rechenbeispiele offenbaren das gesamte Einkommensdilemma in unserer Gesellschaft und geben den Diskussionen "die Sozialhilfeleistungen müssen runter" Auftrieb.

Die zentrale Frage, ob 2400 Mark netto für einen Arbeitnehmer mit Ehefrau und Kind bei 750 Mark Miete noch Lebensqualität zulassen, wird nicht gestellt. 2400 DM minus Miete, Licht, Heizung, Gas, Wasser, Müll, Kleidung, Essen und Trinken lassen Urlaub oder Teilnahme am kulturellen Leben kaum noch zu.

Die Industrie klammert mit der Diskussion um die Standortdebatte "Einkommen runter", um gegen asiatische Konkurrenz oder irgendwen sonst zu konkurrieren, diesen zentralen Punkt aus. Übrigens: würde man dieser Argumentation folgen, würde man den Lebensstandard der Deutschen absenken müssen auf ein Niveau Anfang der 50er Jahre oder gar noch tiefer. Deshalb sollten wir uns die Diskussion nicht aufschwätzen lassen. Sie dient nicht der Problemlösung, im Gegenteil, die gesellschaftliche Sprengkraft wird steigen. Der Konflikt wird nur auszuräumen sein mit höheren Einkommen in den unteren Lohngruppen, nicht mit Sozialhilfeabbau. In den kommenden Tarifverhandlungen geht daran kein Weg vorbei. Der nächste Aufschwung muß die Niedriglöhne über die Sozialhilfeleistungen stellen.

(-/21. Juni 1994/rs/fr)

DOKUMENTATION

Kohls Negativrekorde

Daten und Fakten zu den Ergebnissen konservativ-liberaler Regierungspolitik hat die SPD-Bundestagsfraktion aufgelistet. Wir veröffentlichen die summarische Zusammenfassung der ausführlichen Dokumentation

Eine Bilanz nach 12 Jahren konservativ-liberaler Regierungszeit ergibt in wesentlichen Politikbereichen erschreckende Werte. Vielfach müssen die schlechtesten Ergebnisse seit 1949 registriert werden. So hat die Kohl-Regierung die höchste Arbeitslosigkeit in Deutschland seit Gründung der Bundesrepublik zu verantworten. Noch nie waren in Deutschland so viele Menschen von Sozialhilfe abhängig, wie am Ende der Regierungszeit Kohls. Die Wohnungsnot hat unter Kohl unzumutbare Ausmaße angenommen. Über eine Million Menschen in Deutschland sind obdachlos. Die Beiträge für die Krankenversicherung waren in Deutschland noch nie so hoch wie heute. Kohl hat die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit zu verantworten. Diese geht einher mit einer Staatsverschuldung, die die Handlungsfähigkeit des Staates dramatisch einschränkt. Die Steuer- und Abgabenlast der Bürge-

rinnen und Bürger wurde von der Regierung Kohl auf Rekordniveau getrieben. Mit der vorliegenden Veröffentlichung wird die Negativbilanz der Bundesregierung durch Daten und Fakten untermauert.

Negativrekord Nr. 1 - Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit breitet sich aus wie ein Flächenbrand. Sie hat mit 3,42 Millionen registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1993 einen neuen Höchststand in der Nachkriegszeit erreicht. Im Januar und Februar 1994 waren sogar erstmals über vier Millionen Männer und Frauen arbeitslos. Die Arbeitslosenquote betrug 8,2 Prozent (bezogen auf die abhängig Erwerbstätigen, West) und 15,8 Prozent (Ost), die Frauenerbeitslosigkeit im Osten lag sogar bei 21 Prozent.

Besonders schlimm: Trotz einer verbesserten Konjunkturlage mit einem Wirtschaftswachstum von einem bis 1,5 Prozent gehen alle Arbeitsmarktprognosen von einem weiteren drastischen Abstieg der Arbeitslosigkeit aus. 1994 dürften im Jahresdurchschnitt eine halbe Million mehr Arbeitslose registriert sein als 1993. Die Hoffnungen auf den nächsten Konjunkturaufschwung sind also naiv und politisch verantwortungslos.

Negativrekord Nr. 2 - Sozialhilfe

In der Regierungszeit Kohls hat sich alleine in den alten Bundesländern die Zahl der Menschen, die laufend Sozialhilfe in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, von 1,56 Millionen auf 3,15 Millionen Menschen mehr als verdoppelt. In den neuen Ländern haben 1991 364.000 Menschen laufend Sozialhilfe erhalten; 1992 waren es schon 488.000. Dies ist eine Steigerung von 34 Prozent innerhalb eines Jahres.

Besonders schlimm ist, daß mittlerweile weit über eine Million Kinder und Jugendliche (0-18 Jahre) auf Sozialhilfe angewiesen sind. 1991 waren es in den alten Bundesländern 1,25 Millionen - 1992 lag diese Zahl bei 0,628 Millionen.

Negativrekord Nr. 3 - Wohnungsnot

Es fehlen etwa zwei Millionen Wohnungen. Vor allem preiswerter Wohnraum wird immer knapper. Jedes Jahr fallen mehr Sozialwohnungen aus der Bindung heraus, als durch Neubau errichtet werden. Die sozialliberale Koalition hatte 1982 noch 100.000 Sozialwohnungen gefördert. In der Ära Kohl ging der Sozialwohnungsbau kontinuierlich zurück: 1984 - 80.000, 1986 - 52.000, 1988 - knapp 38.000 geförderte Wohnungen.

Wegen der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt ist die derzeitige Anzahl von etwa 100.000 neuerrichteten Sozialwohnungen in den alten Bundesländern zu gering, um den Verlust durch jahrelange Tatenlosigkeit, auslaufende Bindungen und vorzeitige Darlehens-Rückzahlungen zu kompensieren.

Die Bundesregierung wird nicht müde, das Wohnungseigentum zu propagieren. Ihre Politik sieht ganz anders aus; wurden 1980 noch etwa 250.000 Eigenheime fertiggestellt, reduzierte sich diese Zahl in den folgenden Jahren kontinuierlich. Im Jahre 1990 hatte sich diese Zahl auf 125.000 halbiert und auch 1993 wurden im gesamten Bundesgebiet lediglich knapp 137.000 Eigenheime fertiggestellt.

Der Anstieg der Mieten - sowohl absolut als auch im Hinblick auf den Anstieg der übrigen Lebenshaltungskosten - ist ungebremst. In den letzten Jahren nahm die Steigerungsrate bei den Wohnungsmieten kontinuierlich zu: 3,7 Prozent (1990), 4,8 Prozent (1991), 6,5 Prozent (1992). Die Bäumi-

nisterin preist jetzt das Abflachen der Steigerungsraten auf 5,1 Prozent für 1993 als "Trendwende auf dem Wohnungsmarkt".

Negativrekord Nr. 4 - Krankheitskosten

Patienten und Beitragszahler sind die Leidtragenden von Kohls Gesundheitspolitik. Die durchschnittlichen Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind von 12 Prozent aus dem Jahre 1982 auf eine Rekordhöhe von 13,42 Prozent am Stichtag 1. Januar 1993 gestiegen. Das sind die höchsten durchschnittlichen Beiträge in der GKV seit 1949.

Neben den Beiträgen in Rekordhöhe werden zunehmend Krankheitskosten auf die Patienten abgewälzt. Damit wird das bewährte Sachleistungsprinzip durch die Kohl-Koalition systematisch ausgehöhlt.

Negativrekord Nr. 5 - Wirtschaftskrise

Kohl hat die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit zu verantworten. Das Bruttoinlandsprodukt ging seit 1990 mit einem Wachstum von noch 5,1 Prozent konstant zurück und fiel 1993 in Westdeutschland auf -2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Export verzeichnete Deutschland 1993 einen Rückgang von elf Prozent. Während in den achtziger Jahren noch ein deutlicher Leistungsbilanzüberschuß erzielt wurde, fiel dieser binnen eines Jahres auf ein Negativsaldo von -32 Milliarden DM und lag 1993 bei -35 Milliarden.

Die Beschäftigten haben in den Jahren 1990 bis 1994 reale Einkommensverluste in Höhe von 4,6 Prozent hinnehmen müssen. In der Folge ist der private Verbrauch 1993 um 0,5 Prozent und 1994 um ein Prozent zurückgegangen. Dies schlug sich vor allem im Groß- und Einzelhandel nieder, die erhebliche Einkommensrückgänge beklagen.

Negativrekord Nr. 6 - Forschungstief

Ausreichende Mittel für Forschung und Entwicklung sind unverzichtbar für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Auch hier versagt die Bundesregierung. Erstmals seit 20 Jahren ist der Anteil des Forschungspakets am Bundeshaushalt im Jahr 1994 unter 2,0 Prozent auf 1,92 Prozent gefallen. Im Weltmaßstab in Deutschland seit 1987 weit zurückgefallen. Während Japan seine Anstrengungen aus einer Position der Stärke heraus weiter davoneilt (1987: 2,82 Prozent, 1991: 3,05 Prozent des Bruttosozialprodukts), fällt Deutschland stark zurück (1987: 2,88 Prozent, 1991: 2,66 Prozent).

Negativrekord Nr. 7 - Kohle Versagen in den neuen Ländern

Die wirtschaftliche Situation in den Neuen Bundesländern ist trotz der Schönfärberei durch die Bundesregierung desolat. Allein in den ersten drei Monaten 1994 verloren über 450.000 Menschen ihren Arbeitsplatz.

Über 40 Prozent aller Arbeitslosen in Deutschland wohnen in den Neuen Ländern, die aber nur einen Anteil von circa 20 Prozent an der Gesamtbevölkerung haben. In der verarbeitenden Industrie arbeiten heute lediglich neun Prozent der Erwerbspersonen; im Westen beträgt der Anteil circa 38 Pro-

zent. Großen Anteil an dieser Entwicklung hat die verfehlte Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt. Dafür trägt die Bundesregierung die Verantwortung.

Negativrekord Nr. 8 - Staatsverschuldung

Der staatliche Schuldenberg hat die geradezu unvorstellbare Größe von zwei Billionen DM erreicht, davon allein beim Bund (einschließlich Schattenhaushalte) über 1,3 Billionen DM. Bundesfinanzminister Waigel ist deutscher Rekordhalter im Schuldenmachen: In den vier Jahren seiner Amtszeit hat er mehr Schulden gemacht als alle seine 13 Vorgänger in vierzig Jahren zusammen. Die Folge ist: 1994 muß der Staat insgesamt über 140 Milliarden DM nur für Zinsen zahlen, das ist jede fünfte Steuermark. 1997 wird der Bund von seinen Steuereinnahmen bereits jede vierte Mark nur für Zinsen ausgeben müssen. Die Handlungsfähigkeit des Staates wird durch seine Zinsverpflichtungen dramatisch eingeschnürt.

Negativrekord Nr. 9 - Steuer- und Abgabenlast

Die Regierung Kohl hat die Steuer- und Abgabenlast der Bürgerinnen und Bürger auf Rekordniveau getrieben. Ein Durchschnittsverdiener muß von seinem Bruttolohn 45 Prozent für Steuern und Abgaben bezahlen. für 1997 ist eine Belastung von sogar 49 Prozent prognostiziert. 1982, im letzten Jahr der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, betrug die Belastung rund 39 Prozent.

Ein besonderer Skandal ist, daß Familien mit Kindern immer noch zu hoch besteuert werden, wie das Bundesverfassungsgericht 1990 bereits festgestellt hat.

Negativrekord Nr. 10 - Kriminalität

Der Anstieg der Kriminalität allein in Westdeutschland von 4.291.975 auf 5.209.060 registrierter Straftaten, also um etwa 25 Prozent seit 1982, dokumentiert deutlich das Scheitern der von dieser Bundesregierung vor zwölf Jahren vollmundig angekündigten "geistig-moralischen Wende". Die Zahl der Wohnungseinbrüche zum Beispiel stieg von 1982 bis 1992 um 43 Prozent. Die Aufklärungsquote sank von 24,9 auf 14 Prozent. Die Zahl der gestohlenen Kraftfahrzeuge stieg allein von 1991 bis 1992 um 30 Prozent. Die Aufklärungsquote sank binnen eines Jahres von 26,0 auf 24,5 Prozent.

(-/21. Juni 1994/rs/fr)
